

Stadt Heidelberg

Federführung:
Dezernat IV, Amt für Chancengleichheit

Beteiligung:

Betreff:

**Beteiligung der Stadt Heidelberg an der
Kampagne "Frauen-Macht-Kommune"**

Informationsvorlage

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien
beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 22. Mai 2009

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Kenntnis genommen:	Handzeichen:
Ausschuss für Integration und Chancengleichheit	05.05.2009	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
Gemeinderat	20.05.2009	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	

Inhalt der Information:

Der Ausschuss für Integration und Chancengleichheit und der Gemeinderat nehmen die Information zur Kenntnis.

Sitzung des Ausschusses für Integration und Chancengleichheit vom 05.05.2009

Ergebnis: Kenntnis genommen

Sitzung des Gemeinderates vom 20.05.2009

Ergebnis: Kenntnis genommen

I. Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
QU 3	+	Ziel/e: BürgerInnenbeteiligung und Dialogkultur fördern Begründung: Durch die Verabschiedung von Leitzielen, die Stärkung lokaler Netzwerke und das Angebot von Zukunftswerkstätten und Politikseminaren wurde ein Klima geschaffen, das Frauen offensichtlich ermutigt, sich zu engagieren, sich nach vorne zu trauen und auch andere öffentliche Funktionen zu übernehmen.
QU 4	+	Ziel/e: Gleichstellung von Frauen und Männern Begründung: Gleich drei aktuelle Studien verweisen auf ein hartnäckiges Problem in der deutschen politischen Kultur: Frauen sind deutlich unterrepräsentiert. Das gilt auch und ganz besonders für die Kommunalpolitik. Eine besondere Herausforderung für alle, die politische Verantwortung tragen wollen. Ziel/e:
QU 6	+	Integration und interkulturelles Leben konstruktiv gestalten, ausländische EinwohnerInnen als gleichberechtigte BürgerInnen anerkennen, ethnische und religiöse Heterogenität berücksichtigen Begründung: Interkulturelle Zukunftswerkstätten bieten den Bewohnerinnen der einzelnen Stadtteile die Gelegenheit, den Dialog über die kulturellen Grenzen hinweg zu intensivieren und gemeinsam nach Lösungen zu suchen und könnten sich erneut als Initialzündung für die politische Beteiligung von Frauen erweisen.

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

keine



II. Begründung:

Mit Antrag Nummer 0020/2009/AN wurde die Verwaltung aufgefordert, darüber zu informieren, in welcher Form die Stadt Heidelberg an der Kampagne „FRAUEN MACHT KOMMUNE“ teilnehmen könnte. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat diese Kampagne im letzten Jahr gestartet, um im Vorfeld der Kommunalwahlen in zehn Bundesländern die politische Beteiligung von Frauen dauerhaft abzusichern und zu stärken. Zentrale Idee war es, mit Aktionen im gesamten Bundesgebiet präsent zu sein und vor den Rathäusern den „Roten Teppich“ für die Frauen auszurollen, die auf dem Weg in die Kommunalpolitik sind.

Statistische Fakten zum Thema

Pünktlich zum Superwahljahr 2009 verweisen gleich drei aktuelle Studien auf ein hartnäckiges Problem in der deutschen politischen Kultur: Frauen sind deutlich unterrepräsentiert. Je wichtiger die Position, desto weniger Frauen bekleiden sie. Das gilt auch und ganz besonders für die Kommunalpolitik.

Die Untersuchungen der Fernuniversität Hagen dokumentieren einen durchschnittlichen Anteil von Frauen in den Kommunalparlamenten von 32 Prozent mit einer Spannweite von 15,2 bis 47,5 Prozent. Der Frauenanteil in den Gemeinderäten und Kreistagen Baden-Württembergs fällt im bundesweiten Vergleich besonders niedrig aus. Im Heidelberger Gemeinderat sind Frauen zu 37,5 Prozent vertreten. Dennoch liegt Heidelberg im „Gender-Ranking deutscher Großstädte“ an 39ster Stelle. In das Ranking sind auch die Anteile von Frauen an Ausschuss- und Fraktionsvorsitzenden sowie Dezernats- und Oberbürgermeisterposten eingeflossen. Spitzenreiter sind Frankfurt und München.

Bundesweit sind die Frauenanteile in kommunalpolitischen Führungspositionen wie folgt: Bei den Ausschussvorsitzenden stellen Frauen 25,9 Prozent, bei den Fraktionsvorsitzenden 20,6 Prozent, bei den DezernentInnen 18,5 Prozent und bei den OberbürgermeisterInnen 17,7 Prozent. Im kreisangehörigen Raum sehen die Zahlenverhältnisse für den weiblichen Teil der Bevölkerung wesentlich schlechter aus.

Ursachenanalysen

Wer effektive Maßnahmen für tatsächlichen Wandel will, muss zu der Frage nach den Ursachen für diese Unterrepräsentanz Stellung beziehen. In der wissenschaftlichen Debatte werden dazu im Wesentlichen sechs Antworten unterschieden:

1. Sozialisationsthese: Die traditionelle Rollenzuweisung sieht eine politische Karriere für Frauen nicht vor. Infolgedessen hätten Frauen ein zu geringes Selbstvertrauen, um politische Ämter von sich aus anzustreben beziehungsweise ein geringeres Interesse an Politik als Männer, insbesondere in stark formalisierten Strukturen.
2. Abkömmlichkeitsthese: Aufgrund der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und Doppelbelastung verfügten viele Frauen über ein zu geringes Zeitbudget für die kontinuierliche politische Arbeit.
3. Sozialstrukturthese: Frauen seien weniger als Männer in beruflichen oder ehrenamtlichen Führungspositionen vertreten, welche die Aussicht auf ein parlamentarisches Mandat erhöhen.
4. Diskriminierungsthese: Frauen würden von Männern in den Parteien und Fraktionen von wichtigen Ämtern und Mandaten bewusst ausgeschlossen („old-boys-networks“ etc.) beziehungsweise Parteien erschweren Frauen den Zugang zu Ämtern und Mandaten durch strukturelle Hürden wie insbesondere die Erwartungen zur zeitlichen Verfügbarkeit und Kontinuität durch Prämierung der so genannten Ochsentour.
5. Quotenthese: Die klar definierte Festlegung von hohen Quoten führe zu einer stärkeren Repräsentanz von Frauen.

6. WählerInnenverhalten: Das Votum der WählerInnenenschaft könne die Frauenunterrepräsentanz forcieren oder reduzieren. Insbesondere bei personenbezogenen Wahlrechtselementen, bei denen direkt für einzelne KandidatInnen votiert werde, spiele die Einstellung der WählerInnenenschaft zu Frauen in der Politik eine wichtige Rolle. Bisher wird in der Literatur (ohne überzeugende empirische Belege) mehrheitlich davon ausgegangen, dass die WählerInnenenschaft eher Männern als Frauen bei Kommunalwahlen ihre Stimme gibt.

Effektivität von Maßnahmen

Die Empfehlungen zur Überwindung der Unterrepräsentanz von Frauen sind vielfältig: Parteien sollen sich bei der Rekrutierung beispielsweise stärker auf die Gruppe der Rentnerinnen und Hausfrauen konzentrieren, weil diese mehr Zeit hätten und so eine höhere Frauenrepräsentanz in den Kommunalparlamenten zu erreichen sei (Bauer u.a. 2006). Bessere Kinderbetreuung, Fortbildung, Mentoring, Schaffung einer Anerkennungskultur und Attraktivitätssteigerung der Angebote gelten als wesentliche Handlungsempfehlungen zur Reduzierung der Frauenunterrepräsentanz. (Lukoschat u.a. 2008).

Auf nachprüfbar hochwirksame Maßnahmen stoßen Holtkamp, Wiechmann u. a. bei ihrer Forschungsarbeit. Ihr Fazit: Die Frauenanteile unterscheiden sich in den Kommunalparlamenten erheblich nach Parteizugehörigkeit. Noch viel mehr trifft das auf Frauen in kommunalpolitischen Führungspositionen zu. Dabei ist entscheidend, ob Parteien interne Quoten haben und wie ambitioniert sie diese umsetzen. Die starke Anwesenheit von ehrgeizigen Quotenparteien in Parlamenten erhöht über den Parteienwettbewerb auch den Frauenanteil der anderen Parteien.

Dieses Ergebnis wird durch jüngste Entwicklungen in Frankreich bestätigt: Nach dem Paritätsgesetz von 2007 müssen in Frankreich die Parteien zu den Kommunalwahlen 50 Prozent Frauen auf den Wahllisten aufstellen. Können oder wollen die Parteien die Kandidatinnen-Quote nicht erfüllen, werden sie zur Wahl nicht zugelassen. Damit ist der Anreiz für die Parteien, Kandidatinnen aufzustellen, ungleich höher als in Deutschland. Entscheidend für den Erfolg des Paritätsgesetzes in den französischen Kommunen war neben der möglichen Verweigerung der Zulassung zur Kommunalwahl die Festlegung, dass sich diese Quotierung auch auf die oberen Listenplätze beziehen muss. Damit konnten die Parteien das Gesetz auch nicht dadurch unterlaufen (wie anfangs in anderen Ländern mit gesetzlich vorgeschriebenen Kandidatinnen-Quoten wie Belgien oder Argentinien), dass sie die 50 Prozent Kandidatinnen überwiegend nur am Ende der Liste platzieren. Ergebnis: Während Frankreich im Nationalparlament von einer geschlechtergerechten Repräsentanz noch weit entfernt ist, ist diese in den Kommunalparlamenten weitgehend realisiert.

Auch das Wahlrecht spielt eine nicht unbedeutende Rolle: So konnten die WissenschaftlerInnen zeigen, dass die WählerInnen, wenn ihnen das Wahlrecht die Möglichkeit zum Kumulieren und Panaschieren einräumt, Frauen in weit geringerem Maße verdrängten als Parteien bei der Aufstellung von Listen und vor allem von DirektkandidatInnen.

Fazit

Faktoren wie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Unterstützung durch den Partner und eine lokale „Anerkennungskultur“, wie sie in einer kürzlich vom Bundesfrauenministerium vorgestellten Untersuchung im Rahmen der Kampagne FRAUEN MACHT KOMMUNE betont wurden, spielen ganz sicher auch eine Rolle bei dem Versuch, mehr Frauen für die Kommunalpolitik zu gewinnen. Das Amt für Chancengleichheit unterstützt diese Intention darum regelmäßig mit unterschiedlichen Maßnahmen und beteiligt sich auch an der aktuellen Kampagne (s.u.).

Wer an diesem Problem aber zügig und nachhaltig etwas ändern will, muss zumindest auch bei den Parteien ansetzen – an ihren internen Rekrutierungs- und Nominierungsverfahren, ihrer Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit ebenso wie an ihrer Bereitschaft, Quoten umzusetzen. Im Hinblick auf kommende Wahlen wäre es sicher sinnvoll, die Parteien für diesen Zusammenhang zu sensibilisieren und sie zu ermutigen, das Thema öffentlich anzugehen. Beispielsweise könnte das Amt für Chancengleichheit zu einem geeigneten Zeitpunkt die Parteien in Heidelberg zu einer Diskussion mit den WissenschaftlerInnen der Fernuniversität Hagen und anderen einladen.

Maßnahmen des Amtes für Chancengleichheit zur Erhöhung der Partizipation von Frauen in der Politik

Im Themenbereich der Mitsprache und Beteiligung verfolgt das Amt für Chancengleichheit verschiedene Strategien, die sowohl längerfristig als auch kurzfristig angelegt sind.

Kurzfristige Maßnahmen:

- **Appell an die im Gemeinderat vertretenen Parteien und Wählervereinigungen:** Mit einem Brief zum „Superwahljahr 2009“ hat das Amt für Chancengleichheit bereits im Mai 2008 dafür geworben, bei der Gestaltung des politischen Lebens den Blick gezielt auch auf jene Gruppierungen zu richten, die im öffentlichen Leben unterrepräsentiert sind. Unterstützt werden sollte das Anliegen, für die neue Legislatur die besten Kandidatinnen und Kandidaten nach vorne zu bringen, um so die Chance für neue inhaltliche Impulse zur Vermeidung von Ausgrenzung, für mehr Geschlechtergerechtigkeit und Familienfreundlichkeit wie auch für mehr interkulturelle Integration und Toleranz zu nutzen (vergleiche Anlage 1).

Aufmerksam gemacht wurde in dem Schreiben auch auf Angebote und Seminare, die für dieses Thema in verschiedenen Zusammenhängen entwickelt wurden (unter anderem ein Seminar für kommunalpolitische Einsteigerinnen der Landeszentrale für politische Bildung sowie die Angebote der politischen Stiftungen und der Volkshochschule Heidelberg).

- **FRAUEN MACHT KOMMUNE:** Die Werbe-Aktion des Bundesfrauenministeriums sollte zusätzlich in die Heidelberger Aktivitäten eingebunden werden, daher wurde Anfang Oktober 2008 der Kontakt zu der Koordinierungsstelle hergestellt. Leider war der „Rote Teppich“ für Heidelberg nicht möglich, weil die Aktionen möglichst breit gestreut werden sollten und in Baden-Württemberg bereits fünf Städte unterschiedlicher Größe ausgesucht worden waren. Mehr sollten es nicht werden, weil andere Bundesländer kaum vertreten sind. Die Werbematerialien wurden uns selbstverständlich zur Verfügung gestellt und konnten restlos verteilt werden.
- **Informationen an Frauengruppen und die im Gemeinderat vertretenen Parteien und Wählervereinigungen per Newsletter:** Zum Beispiel Meldung vom 19.1.09, „Bitte weitersagen: Kommunalpolitik hat ein Gesicht – Internet-Galerie der Kommunalpolitikerinnen im Rahmen der Aktion FRAUEN MACHT KOMMUNE“; Meldung vom 21.2.09, „Heidelberg auf Platz 39 beim ersten deutschen Genderranking“ (Newsletter Nr. 9 „Lieber gleich“ vom März 2009).

Langfristig angelegte Maßnahmen:

- **Gleichstellung von Frauen und Männern als Gemeinschaftsaufgabe verankern:**
 - Aufnahme als Querschnittsziel vier in den Stadtentwicklungsplan Heidelberg 2010/2015.
 - Unterzeichnung der Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene, hier insbesondere Artikel drei, Absatz drei: „Die Unterzeichnerin/der Unterzeichner verpflichtet sich, die aktive Mitwirkung am politischen und zivilgesellschaftlichen Leben für Frauen und Männer aus allen Gruppen der Gemeinschaft, insbesondere von Frauen und Männern aus Minderheiten, die sonst vielleicht ausgeschlossen wären, zu fördern.“

- **Stärkung der lokalen Netzwerke:** Unterstützung durch Zuschüsse, öffentliche Aufmerksamkeit, gemeinsame Projekte und Weitervermittlung von Initiativen und Zusammenschlüssen, bei denen Frauen aus der Privatwelt heraustreten und sich für die Verbesserung typischer Gleichstellungsprobleme einsetzen.
- **Zukunftswerkstätten für Frauen I:** Die vom Amt für Chancengleichheit durchgeführten Zukunftswerkstätten für Frauen haben sich als besonders erfolgreich erwiesen. Sie wurden in den neunziger Jahren im Kontext der Stadtteilrahmenplanung in allen Stadtteilen durchgeführt. Frauen diskutierten in einer Tagesveranstaltung gemeinsam mit anderen Bewohnerinnen ihres Stadtteils die ihnen wichtigen Themen.
Die Struktur der Zukunftswerkstätten: In der Kritikphase werden die Probleme formuliert, in der anschließenden Utopiephase werden ohne Einschränkung alle Ideen aufgelistet und in der abschließenden Realisierungsphase die Ansatzpunkte und Lösungsstrategien herausgearbeitet, die zur Umsetzung der wichtigsten Anliegen dienen können.

Die Mitarbeit in den einzelnen Gruppen der Zukunftswerkstätten hatte viele Frauen ermutigt, sich zu engagieren, sich nach vorne zu trauen und auch andere öffentliche Funktionen zu übernehmen. Frauen aus diesen Zukunftswerkstätten (und den daraus entstandenen Arbeitszusammenschlüssen) engagieren sich heute als Kinderbeauftragte, als Bezirksbeirätinnen und als Gemeinderätinnen.

Dieses Ergebnis hat uns darin bestärkt, das Konzept auszuweiten auf den Aspekt der Interkulturalität:

- **Zukunftswerkstätten für Frauen II:** Ende 2007 wurde die Reihe der Interkulturellen Zukunftswerkstätten gestartet. Die Pilotveranstaltung fand im Stadtteil Rohrbach statt, 2008 folgte die Interkulturelle Zukunftswerkstatt Emmertsgrund, 2009 ist eine Interkulturelle Zukunftswerkstatt im Stadtteil Kirchheim geplant. Interkulturelle Zukunftswerkstätten bieten den Bewohnerinnen der einzelnen Stadtteile die Gelegenheit, den Dialog über die kulturellen Grenzen hinweg zu intensivieren und gemeinsam nach Lösungen der stadtteilspezifischen Probleme und Anliegen zu suchen.
Dokumentationen zu den Tagesseminaren Rohrbach und Emmertsgrund liegen vor beziehungsweise können im Internet als PDF-Dateien heruntergeladen werden (www.heidelberg.de > Menschen > Frauen und Männer > Publikationen). Mittel- und langfristige Ergebnisse fehlen natürlich noch, aber es zeichnet sich auch hier ab, dass sich die Zukunftswerkstätten erneut als Initialzündung für die politische Beteiligung von Frauen erweisen könnten.
- **Politikseminare:** Qualifizierung von Frauen für eine Intensivierung ihrer politischen Beteiligung: „Frauen in die Kommunalpolitik – Förderung des politischen Ehrenamtes“
Das Amt für Chancengleichheit hat dafür ein Curriculum mit neun Modulen entwickelt, das mit Unterstützung der Landeszentrale für politische Bildung und der Volkshochschule Heidelberg insgesamt drei Mal durchgeführt werden konnte. Die Teilnehmerinnen haben Teilnahmebescheinigungen beziehungsweise bei Absolvieren des gesamten Curriculums ein Zertifikat erhalten.
Anders als bei den Teilnehmerinnen an den ersten Zukunftswerkstätten waren viele Seminar- teilnehmerinnen bereits in unterschiedlichen Bereichen ehrenamtlich aktiv.

- **Frauen in der Politik – Aktion gegen das Vergessen von politisch aktiven Frauen:** Mit der Aufbereitung der historischen Wurzeln des Engagements von Heidelberger Frauen für das Internet bleiben Frauen-Vorbilder in der Politik präsent. Neben den Seiten zu „Frauen im Heidelberger Gemeinderat, Chronik seit 1945“ wird es in Kürze wird an dieser Stelle auch die Heidelberger Ausstellung zum Frauenwahlrecht in digitalisierter Form geben (www.heidelberg.de > Menschen > Frauen und Männer > Historisches)

gez.

Wolfgang Erichson

Anlagen zur Drucksache:	
Lfd. Nr.	Bezeichnung
A 1	Brief zum „Superwahljahr 2009“